

Sanierungsbeitrag Stadttheater – wahre und gute Gründe

Der Grosse Gemeinderat (GGR) hat an der letzten Sitzung vom 28. August die überparteiliche Motion mit 23 zu 9 Stimmen verworfen, die vorsah, dass der GGR über den Beitrag selber befinden kann.

Was war die Vorgeschichte: Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland, als ein wichtiges koordinatives und verbindendes Organ, hat nach dem gängigen Verteilschlüssel, die involvierten Gemeinden angefragt, einen einmaligen Solidaritätsbeitrag für die Sanierung des Stadttheaters zu leisten. Für die Gemeinde Zollikofen wäre dies ein Betrag von 222 400 Franken gewesen. Für die Genehmigung eines Betrages in dieser Grössenordnung (ab 150 000 Franken) ist das Parlament (GGR) zuständig. Der Gemeinderat (GR) hat diese Anfrage entgegengenommen und vorberatend der Finanzkommission (FIKO) vorgelegt. Die FIKO hat den ganzen Betrag abgelehnt. Aufgrund dieses Resultates hat der GR in seiner Sitzung vom 6. Mai beschlossen, den Betrag auf 111 200 Franken zu halbieren, was in seiner eigenen Finanzkompetenz liegt. Damit hat der GR zwar rechtens gehandelt, jedoch dem GGR das Vertrauen und die Transparenz entzogen. Der wahre Grund für die Reduktion war somit kein sachlicher, sondern der GR befürchtete wohl, dass der Entscheid gleich wie in der FIKO ausfällt. Für uns Neumitglieder der BDP im GGR war dieses Vorgehen nicht tolerierbar und als Konsequenz haben Hans-Jörg Rothenbühler und ich die Motion unter der Federführung von Bruno Vanoni, GFL mitunterzeichnet. Die breite Diskussion zur Thematik im GGR vom Mittwoch letzter Woche hat gezeigt, dass mindestens der Bedarf einer Beratung im Parlament vorhanden war. Seitens der SVP, FDP und auch der FdU wurde aber signalisiert, dass bei einer allfälligen Abstimmung im GGR sie den ganzen Betrag streichen würden. So hatte das Geschäft vor allem bei der SP keine Chance und die Motion wurde wie eingehend erwähnt, deutlich abgelehnt. Nun, der GR kann mit Recht abschliessend festhalten, aus guten Gründen gehandelt zu haben. Wir von der BDP finden aber, dass sein Vorgehen nicht zum Regelfall werden soll.

Martin Köchli, Mitglied GGR